

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat auf der  
2 Landesdelegiertenkonferenz am 03.06.2012 beschlossen:

3

## 4 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im digitalen 5 Zeitalter

6

7 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg

8

### 9 Forderungen:

10 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat beschlossen:

11

12 1. Die Jusos Hamburg lehnen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab.

13

14 2. Die Jusos Hamburg fordern, dass der Schutz der persönlichen Daten, wie sie laut  
15 Bundesverfassungsgericht Inhalt der Persönlichkeitsrechte und somit Bestandteil der  
16 des Grundgesetzes sind, weiterhin durch den Gesetzgeber unanfechtbar bleiben.

17

18 3. Die Jusos Hamburg fordern, dass die Netzneutralität gewährleistet bleibt.

19

20 4. Die Jusos Hamburg fordern, dass Deutschland eine zeitgemäße digitale Infrastruktur  
21 erhält. Dazu gehört, dass im gesamten Bundesgebiet Breitbandinternetverbindungen  
22 zur Verfügung stehen und dass Schulen sowie andere öffentliche Einrichtungen mit  
23 modernen Computerarbeitsplätzen und frei zugänglichem WLAN ausgestattet sind.

24

25 5. Die Jusos Hamburg fordern eine Stärkung der digitalen Kompetenz aller Menschen,  
26 beginnend in der Schule, über Bildungseinrichtungen für Erwachsene sowie bei Lehrern,  
27 Dozenten und in der öffentlichen Verwaltung.

28

### 29 Begründung:

30 Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik. Das Internet und digitale Medien lassen sich nicht  
31 isoliert betrachten; sie sind Teil des täglichen Lebens. Wir Jusos Hamburg setzen uns  
32 dafür ein, dass Netzpolitik tatsächlich als Gesellschaftspolitik wahrgenommen wird.

33

34 Dabei sind uns Jusos die Grundwerte der SPD auch im digitalen Zeitalter wichtig:  
35 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Werte im  
36 21. Jahrhundert ebenso gültig sind, wie vor 150 Jahren. Freiheit bedeutet heute, dass die  
37 freie Meinungsäußerung, die informationelle Selbstbestimmung und alle anderen  
38 Grundrechte, die wir aus dem analogen Zeitalter kennen, weiterhin geschützt werden.  
39 Die Menschen müssen Entscheidungen selbstbestimmt auf Basis frei zugänglicher  
40 Informationen treffen können. Viele von ihnen können jedoch, weil ihnen das Geld oder  
41 die Bildung fehlen, nicht von den Chancen, die ihnen das digitale Zeitalter bietet,  
42 profitieren. Dies widerstrebt der Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Es darf keine  
43 Menschen geben, die von der Nutzung digitaler Medien ausgeschlossen sind. Als  
44 solidarische Gemeinschaft sollte es unser Ziel sein, jeden Menschen zu befähigen, selbst  
45 bestimmt im Internet zu handeln. Anstatt Gräben zu vertiefen, sollten wir daran

46 arbeiten, dass Menschen verschiedener Generationen und Schichten sich auch im  
47 Internet auf Augenhöhe begegnen.

48

## 49 Freiheit

50 Wir lehnen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab. Hier sollen - sechs Monate lang -  
51 generell alle Verbindungsdaten von allen Bürgerinnen und Bürgern gesammelt und  
52 gespeichert werden. Zu diesen Daten gehört zum Beispiel, wann man mit wem wie  
53 lange telefoniert hat. Im Fall von Mobiltelefonen kommt dazu, dass die Standorte der  
54 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gespeichert werden. Daraus lassen sich leicht  
55 Bewegungs- und Verhaltensprofile bilden. Hier werden Maßnahmen, die sonst nur  
56 gegen Schwerverbrecherinnen und Schwerverbrecher eingesetzt werden, auf alle  
57 Bürgerinnen und Bürger angewandt.<sup>1</sup> Das wäre in der analogen Welt in etwa so, als  
58 würde jede Absenderin und jeder Absender sowie jede Empfängerin und jeder  
59 Empfänger von Briefen in Deutschland protokolliert und archiviert werden.

60 Hinzu kommt, dass Studien und Gutachten bereits die Wirkungslosigkeit der  
61 Vorratsdatenspeicherung nachgewiesen haben.<sup>2</sup>

62 Die Vorratsdatenspeicherung widerspricht zudem den durch das  
63 Bundesverfassungsgericht festgestellten Grundrechten. Ohne einen richterlichen  
64 Beschluss darf beispielsweise das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das  
65 Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers über die Speicherung und Nutzung seiner Daten  
66 selbst zu bestimmen, nicht verletzt werden. Zwar wird oft eingewendet, dass, wenn  
67 man nichts zu verbergen habe, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung kein Problem  
68 darstelle. Doch: *“Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine  
69 Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in  
70 der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über  
71 sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als  
72 Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird  
73 versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.”* (BVerfG: 1983, 1 BvR  
74 209/83 - BVerfGE 65, 1, RN: 154).

75 Beispiele aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass selbst staatliche Einrichtungen und  
76 große Firmen den Schutz gespeicherter Informationen vor Missbrauch nicht garantieren  
77 können.

78

## 79 Gerechtigkeit

80 Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter bedingt die so genannte Netzneutralität. Das  
81 bedeutet, dass alle Daten gleichrangig durch das Internet geleitet werden – egal von  
82 wem sie kommen, wohin sie sollen, welchen Inhalt sie haben etc.<sup>3</sup> Natürlich sollen  
83 Netzanbieter für ihre Leistungen angemessen bezahlt werden. Jedoch dürfen keine  
84 Daten – beispielsweise gegen zusätzliche Gebühren – privilegiert behandelt werden.  
85 Im Übrigen ist Netzneutralität unerlässlich für eine unabhängige Meinungsbildung.  
86 Jeder, der einen Internetzugang hat, kann seine Ideen, Gedanken, Überzeugungen etc.

<sup>1</sup> Teilweise übernommen von <http://sozis-gegen-vds.de/argumente>.

<sup>2</sup> vgl. bspw. <http://netzpolitik.org/2012/vds-studie-im-rechtsausschuss-vorgestellt-justizministerium-will-quickfreeze-im-kabinett-einbringen/> oder

[http://www.bmj.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2012/20120127\\_Erforderlichkeit\\_der\\_VDS\\_nicht\\_belegt.html](http://www.bmj.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2012/20120127_Erforderlichkeit_der_VDS_nicht_belegt.html).

<sup>3</sup> Einzige Ausnahme: Bei Kapazitätsengpässen gilt die Regel, die Daten, die zuerst eingehen, werden auch zuerst weiter geleitet. Später eintreffende Daten müssen warten – egal von wem sie kommen und welchen Inhalt sie haben.

87 frei verbreiten. Und jeder kann hierauf ebenso frei reagieren. Legale  
88 Datendiskriminierung würde bedeuten, dass es Netzanbietern gestattet wäre, ihnen  
89 liebsame Meinungen, Ideen etc. oder solche einflussreicher Anbieter schneller und  
90 besser erreichbar zu machen, als Inhalte unerwünschter oder kostenloser Anbieter.<sup>4</sup>  
91 Hätten die Daten großer bzw. einflussreichen Unternehmen (Google, Facebook, Twitter,  
92 Amazon, Apple etc.) Vorrang vor freien Open-Source-Anwendungen<sup>5</sup>, würde das Internet  
93 zudem rapide an Dynamik verlieren, da kleine Anbieter oder neue Ideen sich nur  
94 schlecht verbreiten könnten. Netzneutralität ist also auch ein Instrument zur  
95 Sicherstellung eines funktionsfähigen Marktes.

96 Um Netzneutralität garantieren zu können, müssen die Kapazitäten des Internets  
97 kontinuierlich ausgebaut werden, bei Engpässen müssen Daten über das Gesamtnetz  
98 umgeleitet werden, zudem kann man planvoll Daten ortsnah zwischenspeichern. Statt  
99 Datendiskriminierung ist intelligentes Netzmanagement nötig.

100 Wir fordern daher ein Bundesgesetz zur Sicherung der Netzneutralität, welches  
101 Sanktionsmechanismen für Verstöße gegen die Netzneutralität beinhaltet.

102  
103 Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter bedeutet auch, dass alle Menschen in Deutschland,  
104 die das wünschen, einen Breitbandzugang zum Internet bekommen. Es ist untragbar,  
105 dass im Jahr 2012 noch immer Haushalte in Deutschland – auch in Hamburg - mit einer  
106 Internetverbindung von 56k auskommen müssen, während andere mit 50.000k oder  
107 mehr versorgt sind. Die Jusos Hamburg fordern den flächendeckenden Breitbandausbau  
108 zur Sicherstellung einer modernen Infrastruktur.

109

## 110 Solidarität

111 Wer im digitalen Zeitalter das Internet nicht nutzen kann, ist von vielen  
112 gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen. Online-Petitionen, Online-Volksinitiativen  
113 und andere Formen der Netz-Willensbildung benachteiligen alle Menschen, die sich  
114 nicht im Internet bewegen können, weil ihnen beispielsweise die nötige Kompetenz  
115 fehlt oder sie schlicht nicht über die nötige Technik verfügen. Mit Solidarität verknüpft  
116 sich daher die Forderung nach einem freien Zugang zum Internet für alle Bürgerinnen  
117 und Bürger.

118 Solidarität im digitalen Zeitalter heißt zudem, dass wir uns einer  
119 allgemeinverständlichen Sprache bemühen und Rücksicht auf Menschen nehmen, die  
120 weniger Erfahrung damit haben, die Sprache des Internets zu sprechen. Ausgrenzung ist  
121 unsolidarisch. Das schließt selbstverständlich die Jusos und die SPD mit ein. Internet-  
122 affine Genossinnen und Genossen können Schulungen für diejenigen anbieten, die  
123 unsicher im Umgang mit neuen Medien sind.

124

125 Auch junge Menschen müssen den kompetenten Umgang mit digitalen Medien erst  
126 lernen. Ziel ist es digital selbständig zu sein: Digitale Bildung muss den Menschen  
127 befähigen selbstbewusst, selbstbestimmt, effektiv und effizient mit digitalen  
128 Technologien im privaten und im beruflichen Umfeld umzugehen. Da der digitale Raum

---

<sup>4</sup> 2004 hatte FreeNet zwei Internetseiten kurzfristig gesperrt, die kritisch über das Unternehmen berichteten (<http://www.zdnet.de/news/39120196/freenet-sperrt-zugriff-zu-zwei-kritiker-sites.html> – abgerufen: 15.4.2012). Aber auch andere Firmen, wie die Telekom oder Kabel Deutschland haben bereits die Netzneutralität verletzt.

<sup>5</sup> Open-Source steht für Anwendungen, deren Aufbau (Code) für alle Menschen frei zugänglich ist und daher von jedem weiterentwickelt werden kann. Diese Anwendungen sind häufig kostenlos im Internet zu bekommen.

129 teil der Gesellschaft ist, sollte Kindern und Jugendlichen geholfen werden, Regeln der  
130 analogen Welt, selbstbestimmt auch auf den digitalen Raum anzuwenden.  
131 Digitale Kompetenz muss frühzeitig, kontinuierlich und lebenslang vermittelt werden.  
132 Um Menschen für Chancen und Risiken digitaler Errungenschaften zu sensibilisieren  
133 und ihnen entsprechende Fähigkeiten fürs Berufsleben zu vermitteln, muss ständig mit  
134 neuen Medien gearbeitet werden. Damit dies erfolgreich geschehen kann, sind zwei  
135 Grundvoraussetzungen nötig: kompetentes Personal und eine moderne Ausstattung.

136 In diesem Zusammenhang fordern wir umfassende Bildung in digitaler Kompetenz für  
137 alle, die in öffentlichen und staatlichen Einrichtungen arbeiten. Der kompetente  
138 Umgang mit digitalen Medien kann für Arbeitssuchende den entscheidenden Ausschlag  
139 für eine Einstellung geben. Aber auch schon die selbstbewusste Nutzung neuer Medien  
140 zur Informationssuche und Weiterbildung bietet neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt.  
141 Die öffentliche Verwaltung sowie staatlich Bedienstete dürfen hier nicht  
142 hinterherhinken. Wir fordern daher die kontinuierliche Stärkung digitaler Kompetenz  
143 des Personals in öffentlichen und staatlichen Einrichtungen durch passende  
144 Weiterbildungsmaßnahmen.

145 Wer in Schulen und Hochschulen digitale Kompetenzen vermitteln soll, muss diese  
146 selbst besitzen. Wir fordern daher die kontinuierliche Stärkung digitaler Kompetenz von  
147 Lehrerinnen und Lehrern sowie Dozentinnen und Dozenten durch eine verbindliche  
148 medienpädagogische Ausbildung, die Teil der Lehrergrundausbildung ist.  
149 Zudem müssen die neuen Medien in die Unterrichtskonzepte und in den Lehrplänen  
150 verankert werden.<sup>6</sup> Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele ist eine entsprechende  
151 Infrastruktur in den Schulen von Nöten. Eine flächendeckende Ausstattung mit  
152 modernen Computerarbeitsplätzen sowie frei zugängliches WLAN an allen Schulen,  
153 Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen ist elementare Voraussetzung.

---

<sup>6</sup> Eine Studie der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Medien (LfM) aus dem Jahr 2010 ergab, dass zwar 80 % der Lehrkräfte digitale Medien zur Vorbereitung ihres Unterrichts nutzen, diese dagegen aber nur 40% im vergangenen Monat im Unterricht selbst zum Einsatz brachten oder ihre Schülerinnen damit arbeiten ließen.